



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

36. Sitzung (öffentlich)

22. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Verkehrsprobleme in den Innenstädten des Landes Nordrhein-
Westfalen durch den Onlineversandhandel 5**

Vorlage 16/1906

Der Ausschuss führt eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt durch.

2 Krebserregende Stoffe im Straßenbau 9

Vorlage 16/1901

Der Bericht Vorlage 16/1901 wird ohne weitere Aussprache vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3 Wie will die Landesregierung die Rahmenbedingungen für das Fernbusnetz in Nordrhein-Westfalen verbessern? 10

Vorlage 16/1902

Der Ausschuss führt eine kurze Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt durch.

4 Wochenendhaus-, Ferienhaus- und Campingplatzgebiete gemäß § 10 BauNVO in Nordrhein-Westfalen 12

Vorlage 16/1903

5 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4232

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5292
APr 16/484 (Protokoll der Anhörung)

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 16/5292 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung der Piraten zu.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/4232 wird in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung von CDU und Piraten angenommen.

6 Nordrhein-Westfalen braucht eine zielgruppen- und marktgerechte Wohnraumförderung 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4551
APr 16/478 (Protokoll der Anhörung)

Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/4551 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

7 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen 19

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443
APr 16/496 (Protokoll der Anhörung)

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/4443 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen von FDP und CDU abgelehnt.

8 Moratorium jetzt: Landesregierung muss ihren missglückten Entwurf einer Novelle des Landesentwicklungsplans sofort zurückziehen! 21

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5487

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/5487 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

* * *

5 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4232

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5292
APr 16/484 (Protokoll der Anhörung)

Oliver Bayer (PIRATEN) stellt heraus, dass die Anhörung interessante Informationen insbesondere bezüglich des Änderungsantrages ergeben habe. Hinsichtlich des Verhinderungsquorums habe seine Fraktion eine Gefährdung der demokratischen Legitimierung befürchtet. In der Praxis überwögen wohl doch die Vorteile, da diejenigen, die eine Immobilien- und Standortgemeinschaft befürworteten, als dauerhaft treibende Kraft wirkten. Der Gesetzentwurf werde in der Form aber als eher nicht nötig angesehen, da bislang viel zu wenig empirische Daten vorlägen. Die Piraten sähen jedenfalls keinen offensichtlichen konkreten Änderungsbedarf. Aus den dargelegten Gründen werde sich seine Fraktion bei beiden Abstimmungen der Stimme enthalten.

Reiner Breuer (SPD) äußert, die SPD-Fraktion unterstütze natürlich den Gesetzentwurf der Landesregierung, da es um eine Stärkung der Eigenverantwortung gehe, damit sich private oder privat-öffentliche Institutionen aktiv in die Stadtentwicklung in Form von Immobilien- und Standortgemeinschaften einbrächten. Die Anhörung habe nachdrücklich bestätigt, dass die Ausweitung einen adäquaten Weg bilde. Das Vorhaben sei von den Koalitionsfraktionen über die andere Ausgestaltung des Verhinderungsquorums insoweit optimiert worden. Die kommunalen Spitzenverbände hätten seit langem die Ausweitung auf ein Drittel gefordert. Auch andere Länder sähen ein solches Quorum vor. Aus Sicht der SPD solle ein solches Quorum erleichtern, dass Immobilien- und Standortgemeinschaften entstehen könnten. Nach Inkrafttreten dieser Änderung werde beobachtet werden, wie diese angenommen werde. Nach Überzeugung der Sozialdemokraten werde dieses Instrument genutzt werden. Schon jetzt gebe es Anzeichen aus verschiedenen Kommunen, in denen solche Gemeinschaften zuvor gescheitert seien, einen neuen Anlauf zu planen.

Klaus Vossemer (CDU) begrüßt, dass die Landesregierung eine gute Idee der schwarz-gelben Landesregierung fortentwickle. Insofern werde die Ansicht geteilt, dass es sich hierbei um ein Werkzeug im Instrumentenkasten der Städtebauentwicklung in Nordrhein-Westfalen drehe. Die überschaubaren Fallzahlen belegten das. Dennoch stelle es einen guten Baustein dar. Die Erweiterung im Gesetzentwurf werde für sinnvoll gehalten, weshalb seine Fraktion diese mittrage. Die Evaluierung habe ergeben, dass es sich beim überwiegenden Teil der ISGs um freiwillige Zusammen-

schlüsse handele, die sich nicht auf der im Gesetz empfohlenen Mustersatzung beriefen. Aber jede ISG bedeute einen Fortschritt für die Städtebauentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Nicht mittragen könne seine Fraktion hingegen die rot-grüne Verschlimmbesserung beim Quorum. Ein Anstieg der Sperrminorität von 25 auf 33 % werde für sehr problematisch gehalten, da eine ISG immer auch einen Eingriff in die Rechte der Grundstückseigentümer darstelle. Deshalb spreche sich seine Fraktion dafür aus, dass schon ein Viertel der Grundstückseigentümer ein Widerspruchsrecht haben sollten.

Dem unveränderten Gesetzentwurf würde seine Fraktion gern zustimmen. Da aber absehbar erscheine, dass der Änderungsantrag mit der Erhöhung des Quorums beschlossen werde, müsse sich seine Fraktion bei dem so geänderten Gesetzentwurf der Stimme enthalten.

Vorsitzender Dieter Hilser informiert, dass der Wirtschaftsausschuss den Änderungsantrag und den Gesetzentwurf in geänderter Fassung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten beschlossen habe.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 16/5292 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung der Piraten zu.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/4232 wird in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung von CDU und Piraten angenommen.